

Das ländliche Erziehungs- und Bildungswesen vor einer neuen Situation

Gedanken zum Landpädagogischen Kongreß in Rendsburg Pfingsten 1961

Vom 23. bis 27. Mai 1961 findet in Rendsburg der sechste Landpädagogische Kongreß statt. Veranstalter sind die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft und der Deutsche Bauernverband. Thema des Kongresses ist: „Neue Bildungswege und Ausbildungsformen für die ländliche Welt — Versuch einer Durchprüfung der Gesamtlage.“

Ziel der Landpädagogischen Kongresse war seither, „alle miteinander ins Gespräch und damit zu besserer Zusammenarbeit zu bringen, die an irgendeiner Stelle für die Bildung des Landmenschen verantwortlich sind“. Die seit einigen Jahren im gesamten deutschen Bildungswesen „deutlich spürbare Unruhe“ und der lebhaftere Reformwille in den verschiedenen pädagogischen Kreisen sind Anlaß, daß der diesjährige Kongreß gleichzeitig eine „Durchprüfung der Gesamtlage“ versuchen will. So erlangt er über den Kreis der zwei veranstaltenden Bauernverbände hinaus Bedeutung.

Die bisherigen Landpädagogischen Kongresse zeigten eine gewisse Einseitigkeit. Die Veranstalter und die durch sie bestimmte Themenwahl bedingten, daß vornehmlich Vertreter des Bauerntums, der bäuerlichen Verbände, des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens und der bäuerlichen Jugend zahlen- und anteilmäßig überwogen und den Charakter der Kongresse bestimmten. Der nichtbäuerliche Teil der ländlichen Bevölkerung trat nicht in Erscheinung. Man berücksichtigte nicht die seit einigen Jahrzehnten in unseren Dörfern sich vollziehende Umschichtung in der beruflichen Zusammensetzung der Landbevölkerung.

Fortgang des Schrumpfungsprozesses im Bauerntum

Der Prozeß des Rückgangs des Bauerntums begann schon vor über einem Jahrhundert. Im Zuge der Neuordnung der westdeutschen Agrarstruktur durch Zusammenlegung nichtlebensfähiger Kleinbauernbetriebe oder durch die weitere Zersplitterung in landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe schrumpfte die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe besonders stark im vergangenen Jahrzehnt. Nach dem „Grünen Bericht 1961“ verringerte sich zwischen 1949 und 1960 die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 324 500. Die Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe war begleitet von einem weiteren *Schrumpfen der bäuerlichen Bevölkerung*. Nach dem „Grünen Bericht 1961“ sank die Zahl der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Familienarbeitskräfte im Bundesgebiet zwischen 1950 und 1960 um 1,2 Millionen auf 3,1 Millionen, also um ein Viertel, die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte um 336 000 auf 430 000, also fast um die Hälfte. Damit ist der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl der im Bundesgebiet Beschäftigten in diesem Zeitabschnitt von rund 20 vH auf 10 vH zurückgegangen. Der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung liegt etwas höher. Er dürfte heute aber auch bereits auf 11 vH abgesunken sein. Da wir uns noch mitten in der Neuordnung der westdeutschen Agrarstruktur befinden, ist in den kommenden Jahren mit einem weiteren Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und damit der in der Landwirtschaft Beschäftigten und der bäuerlichen Bevölkerung zu rechnen. Deren Anteil wird unter 10 vH des Volkganzen absinken.

Rückgang der Agrarbevölkerung im gesamten hat verständlicherweise *Schrumpfung des bäuerlichen Bevölkerungsanteils im Dorf* zur Folge. Sie wird beschleunigt durch

eine vor allem seit 1948 (Währungsreform) einsetzende Entwicklung. Bis zum zweiten Weltkrieg mußten die den bäuerlichen Beruf verlassenden Menschen beim Übergang in einen nichtbäuerlichen Beruf durchweg das Dorf verlassen und dorthin ziehen, wo sie Arbeit fanden. Sie wurden landflüchtig.

Die zunehmende Verkehrserschließung des Dorfes gestattet heute einem großen Teil der außerhalb des Dorfes Arbeitenden im Dorf wohnen zu bleiben. Sie pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsstätte. Die gegenwärtig verstärkt erfolgende Verlegung industrieller und gewerblicher Betriebe in ländliche Räume ermöglicht zudem einer immer größeren Zahl ländlicher Menschen von ihren ländlichen Wohnorten aus ihre Arbeitsstätte aufzusuchen.

Die *Zahl der Pendler* steigt heute zusehends. Sie hat im Bundesgebiet die Viermillionenziffer bereits überschritten. Dazu kommen noch 500 000 sogenannte Ausbildungspendler. Ein gewaltiger Strom von Menschen zieht so täglich von seiner Wohnstätte zur außerhalb seines Wohnorts liegenden Arbeitsstätte und pendelt wieder nach Schluß der Arbeitszeit zurück. Die Zahl der Pendler unter der ländlichen arbeitenden Bevölkerung schwankt in einzelnen Landschaften bereits zwischen 30 und 40 vH aller Beschäftigten. Sie ist in rascher Zunahme begriffen. Motorrad und Auto begünstigen in neuester Zeit besonders stark diese Entwicklung. Die Hälfte der zugelassenen Motorräder dient dem Berufsverkehr, und ein Viertel aller 1960 zugelassenen Kraftwagen gehört Arbeitern, die sie ebenfalls vorwiegend zur rascheren Erreichung des Arbeitsplatzes benutzen.

Wie stark einzelne Dörfer durch diese Entwicklung von ursprünglich reinen Bauerndörfern zu Auspendlergemeinden, Arbeiterbauerndörfern oder Arbeiterdörfern werden und hierdurch in das Spannungsfeld der benachbarten Industriestadt geraten, ist z. B. an den Landgemeinden des Landkreises Schweinfurt zu ersehen. Die Zahl der Auspendler, durchweg nach Schweinfurt, betrug 1956 in Sennfeld 1100, Schonungen 945, Niederwern 904, Bergtheinfeld 870, Gochsheim 763, Grafenrheinfeld 521, Grettstadt 351, Schwebheim 339, Röhlein 326, Dittelbrunn 324, Mainberg 300. In 19 Gemeinden zwischen 199 und 100, in elf Gemeinden zwischen 99 und 50 und nur in 18 Gemeinden des Landkreises unter 50.

Wie sehr auch schon ein einzelnes Industrierwerk Siedlungen einer ursprünglich bäuerlichen Landschaft in beruflicher und wirtschaftlicher und damit soziologischer Hinsicht umgestaltet und von einem Betrieb abhängig machen kann, ist z. B. an den Siemens-Schuckert-Werken in Bad Neustadt ersichtlich. Von folgenden Landgemeinden der Umgebung pendeln in die Siemens-Schuckert-Werke: Brendlorenzen 225, Münnerstadt 121, Herschfeld 104, Heustreu 92, Burglauer 76, Salz 66, Oberelsbach 65, Stangenroth 67, Mellrichstadt und Mühlbach je 64; sechs Orte zwischen 60 und 50.

Der Anteil der nichtbäuerlichen Menschen steigt

Fortdauer des Schrumpfungsprozesses im Bauerntum auf der einen Seite und Zunahme der nichtbäuerlichen Bevölkerung auf der anderen Seite müssen zwangsläufig zu einer *beruflichen Umschichtung im Dorf* führen. Durch die vergangenen Jahrhunderte bis herein in unsere Zeit galt als Selbstverständlichkeit, daß das Dorf vorwiegend von bäuerlichen Menschen bewohnt, daß es Bauerndorf war. Heute aber werden Dörfer mit über 50 vH bäuerlichem Anteil immer seltener. Die nichtbäuerliche Bevölkerung überwiegt in den ländlichen Gemeinden immer mehr. Das Dorf ist heute auch der Wohnsitz von Arbeitern und Handwerkern, von Angestellten, Beamten und Rentnern. Besonders Dörfer in günstiger Verkehrslage und in Stadt- und Industrienähe werden in zunehmendem Maße Wohnort dieser Berufsgruppen. Sie bilden bereits in solchen Dörfern durchweg einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung.

Der Anteil der Wohnbevölkerung in Siedlungen bis zu 2000 Einwohnern beträgt im Bundesgebiet 27 vH, in Siedlungen bis zu 5000 Einwohnern 39 vH. Setzt man die Grenze bei 2000 Einwohnern, dann haben die ländlichen Gemeinden bis zu dieser Größe nur noch einen bäuerlichen Anteil von rund 40 vH. Immer häufiger rechnet man zu den ländlichen Siedlungen auch die Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. Nur noch rund ein Viertel der dort wohnenden Bevölkerung kann dann als dem Bauerntum zugehörig angesehen werden.

Vom bäuerlichen Standpunkt aus mag diese Entwicklung mit dem Einzug nicht-bäuerlicher Menschen in das Dorf als nachteilig angesehen werden. Aber es ist ein nicht aufzuhaltender Vorgang, der auch in Zukunft nicht zu unterbinden ist. Er erfolgt auf Grund der modernen wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung zwangsläufig.

Die Umschichtung in der dörflichen Wohnbevölkerung ist nicht von Nachteil für die einzelnen dörflichen Gemeinden; sie ist vielmehr ein Gewinn. Die weitere Abwanderung dörflicher Menschen vom Lande erübrigt sich, und damit wird die in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen einsetzende Entvölkerung unseres Landes unterbunden. Ein großer Teil unserer Bevölkerung bleibt landverbunden und besitzt günstigere Wohn- und Lebensverhältnisse.

Auch der Lebensstil der dörflichen Menschen wandelt sich

Mit der beruflichen Umschichtung geht Hand in Hand eine Änderung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Situation des Dorfes. Das Dorf wird endgültig aus seiner früheren Isolierung gerissen und mitten in unsere heutige Zeit gestellt. Schon die moderne wirtschaftlich-technische Entwicklung läßt nicht mehr ein für sich abgeschlossenes, in einer Idylle lebendes Dorf zu. Das Dorf kann kein Sonderdasein mehr führen.

Der größere Teil der Pendler steht zudem bereits für wesentliche Zeiten des Tages im Einflußbereich außerdörflicher Kräfte. Er ist Glied der städtischen wie ländlichen Welt. Damit ist die alte Geschlossenheit der dörflichen Gefüge auch von dieser Seite her gelockert.

Dazu kommen die mannigfachen Kontakte zwischen dörflichen und außerdörflichen Menschen. Die modernen Massenmedien, Zeitung, Zeitschrift, Illustrierte, Rundfunk, Fernsehen und Film, stellen weitere Kontakte her. *Der dörfliche Mensch wird hierdurch zum Glied der modernen Gesellschaft.* Ein Leben in der Idylle, eine Lebensführung, die für die Vergangenheit noch Gültigkeit hatte, ist nicht mehr möglich.

Daß durch diese Entwicklung das alte Dorf als ein traditionsbestimmtes Gebilde nicht mehr fortbestehen kann, daß die Bemühungen der Kräfte, die das Alte, durch Jahrhunderte Vererbte erhalten und einem neuen Geist den Zutritt zum Dorf verwehren wollen, ohne Erfolg bleiben müssen, ist verständlich. Ein neuer Lebensstil beginnt sich im Dorf durchzusetzen. Eine gegenüber der Vergangenheit grundlegend gewandelte Lebensführung hat zum Teil bereits von ihm Besitz ergriffen. Vor allem die nichtbäuerlichen Kreise sind Träger dieses neuen Lebensstils. Er beeinflußt und gestaltet aber auch die einzelnen dörflichen Sozialgefüge, insbesondere die Familie und die Dorfgemeinschaft tiefgreifend um.

Das ländliche Erziehungs- und Bildungswesen vor neuen Aufgaben

Auch das ländliche Erziehungs- und Bildungswesen ist diesen umbildenden Kräften ausgesetzt. Bildung und Erziehung stehen immer in enger Wechselbeziehung zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und geistigen Ordnung der verschiedenen Ge-

sellschaftsgruppen, denen der Mensch eingegliedert ist. Ändern sich die wirtschaftlichen und sozialen Grundstrukturen, so müssen die verschiedenen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen die gewandelte Situation berücksichtigen und ihr pädagogisches Tun auf die veränderte Lage einstellen. Das gilt für die Landschule, für die ländlichen Berufsschulen, die weiterführenden Schulen auf dem Land und die gesamte ländliche Jugend- und Volksbildung.

Die neue wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Situation des Dorfs zwingt vor allem die *Landschule* zu einem grundlegenden organisatorischen Umbau mit dem Ziel der Zusammenlegung der heute aus pädagogischen Gründen nicht mehr vertretbaren, nicht oder nur wenig gegliederten Landschulen. Das vergangene Jahrzehnt führte zu einem heute nicht mehr zu verantwortenden Abbau des ländlichen Schulwesens.

Die Zahl der einklassigen Landschulen, der Schulen also, in denen ein Lehrer alle Schüler vom 1. bis 8. Schuljahr in einem Schulsaal gemeinsam unterrichten muß, stieg in

Bayern von 1948/49 bis 1957/58			von 779 auf 2134
Hessen von 1950 bis 1957			von 560 auf 1034
Niedersachsen von 1950 bis 1957			von 888 auf 1366
Im gesamten Bundesgebiet waren von allen Schulen in vH			
	1950	1957	Zu- bzw. Abnahme
einklassig	19,2	28,6	+ 9,4
zweiklassig	25,3	23,6	— 1,7
dreiklassig	15,0	12,6	— 2,4
zusammen	59,5	64,8	+ 5,3

Diese Zahlen zeigen deutlicher als Worte den Niedergang des westdeutschen Landschulwesens seit dem Ende des zweiten Weltkriegs.

Mit dem organisatorischen Umbau des Landschulwesens muß Hand in Hand gehen eine *umfassende innerschulische Reform*. Unser zunehmend komplizierter werdendes Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge stellt an den die Schule Verlassenden steigende Anforderungen. Auch die Umwelt des Landkinds hat sich grundlegend geändert. So findet die Landschule eine neue Situation im Dorf vor, die sie nicht unberücksichtigt lassen kann.

Wenn die Landpädagogen fortschrittlich wirken und nicht hinter der Zeit zurückbleiben wollen, müssen sie sich mit dieser veränderten dörflichen Welt auseinandersetzen und ihr das ländliche Erziehungs- und Bildungswesen anpassen. Daß sie hierdurch allerdings häufig im Gegensatz zu den beharrenden, der Tradition und der Vergangenheit verpflichteten dörflichen Kräften stehen, ist verständlich. Noch besitzen die Vertreter des Alten, des Traditionsgebundenen den bestimmenden Einfluß auf Landschule und ländliche Bildung. Die Zukunft aber wird den Vertretern der modernen Landpädagogik gehören. Die Reform des gesamten ländlichen Schulwesens ist nicht aufzuhalten.

Sie muß in Angriff genommen werden, weil sich auch in der Landschule selbst offensichtliche Veränderungen vollzogen haben. Noch vor Beginn des zweiten Weltkriegs bildeten die bäuerlichen Kinder den weitaus größten Teil der Landkinder. Durch die berufliche Umschichtung in der dörflichen Bevölkerung mit dem damit verbundenen Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung sank auch der Anteil der bäuerlichen Kinder in den ländlichen Gemeinden und damit in den Landschulen. Diese Bewegung dauert heute noch an. Die Zahl der Dörfer, in denen die nichtbäuerlichen Kinder überwiegen, steigt rasch. Diese bestimmen mehr und mehr den Charakter der neuen Dorfschule.

Auf dem kommenden *Rendsburger Landpädagogischen Kongreß* wird die Frage der Landschulreform eine wichtige Rolle spielen. Anlaß hierzu geben schon die beiden großen Reformpläne des Bundesgebiets, der „Rahmenplan“ des Deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen und der „Bremer Plan“ der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL). Sie setzen bei ihren Reformen den Umbau des ländlichen Schulwesens mit der Zusammenlegung von ungeteilten oder wenig gegliederten Landschulen voraus.

In der Empfehlung „Die Volksschule auf dem Lande“ forderte der Deutsche Ausschuß bereits im Dezember 1956 auch für das Land „ein gut gegliedertes Schulsystem“, wobei vor allem „die oberen Klassen mehrerer Dorfschulen in einem günstig gelegenen Dorf zusammenzufassen“ sind.

Auch die AGDL beschloß auf ihrem Kongreß in Bremen 1960 im Anschluß an der Behandlung ihres „Bremer Plans“: „Die AGDL fordert, daß der weiteren Zersplitterung der wenig gegliederten Landschule ein Ende bereitet wird und daß die in den letzten Jahren durchgeführten Zersplitterungen rückgängig gemacht werden ... Die AGDL strebt bei aller Würdigung der besonderen Erziehungs- und Bildungswerte der wenig gegliederten Landschulen die Zusammenlegung dieser Schulen zu Mittelpunktsschulen (Dörfergemeinschaftsschulen) an.“

Der Frage der Landschulreform wird man auch deshalb in Rendsburg besondere Aufmerksamkeit schenken müssen, weil einzelne Bundesländer bereits mit der Neuorganisation ihres ländlichen Schulwesens beginnen. Auf die vorbildliche Arbeit der Länder Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sei hingewiesen. Allerdings besitzen in den Ländern Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz noch die restaurativ eingestellten Kräfte einen so starken Einfluß, daß dort alle Versuche der Neuordnung des ländlichen Schulwesens bis jetzt gescheitert sind.

Von Nachteil ist, daß auf dem Landpädagogischen Kongreß in Rendsburg wie auf den seitherigen Kongressen der nichtbäuerliche Teil des Landvolks nicht oder nur noch schwach vertreten ist. Der Landpädagogische Kongreß ist immer noch zu sehr ein „Bauern“-pädagogischer Kongreß.

Besonders der DGB hat noch nicht erkannt, daß sich auch seine Situation durch die moderne Stadt-Land-Verlagerung geändert hat und ein immer größerer Teil der Arbeitnehmer auf dem Land wohnt. In einigen deutschen Landschaften nähert sich deren Zahl schon der Hälfte aller Arbeitnehmer. Der DGB müßte sich verpflichtet sehen, auch deren Belange zu vertreten. Da er aber hierzu noch nicht bereit ist, konnte von ihm und seinen einzelnen Organisationen bis jetzt keine politische, kultur- und gesellschaftspolitische Einflußnahme auf die ländliche Entwicklung ausgehen. Auch gegenüber der Reform des ländlichen Bildungswesens verhielt er sich bisher gleichgültig.

Nur der Landesbezirk Bayern des DGB forderte auf seinem Kongreß in München 1955 ein besser entwickeltes Bildungswesen auf dem Land, um auch „für die dörflichen Schüler die bestmögliche Ausbildung, einen besseren Übergang zum Beruf, zur Berufs- und Fachschule und zum mittleren und höheren Schulwesen zu sichern. .. Die Beseitigung der ungeteilten und wenig gegliederten Landschulen durch Zusammenlegung der Volksschulabschlußjahrgänge in günstig gelegenen Orten ist zu ermöglichen“. Doch blieb es bis jetzt bei der bloßen Forderung. Auf deren Verwirklichung drängte er bisher noch nicht.

Daß dem DGB dieser Zustand der Gleichgültigkeit gegenüber den ländlichen Bildungsproblemen zur Gefahr werden kann, zeigt das mangelnde Interesse der auf dem Land wohnenden Arbeitnehmer an dessen allgemeinen Bestrebungen. Er überläßt hierdurch das Dorf seinen Gegnern, die dort in zunehmendem Maße Fuß fassen können. Wir müssen große Anstrengungen machen, um dies rasch zu ändern.